Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 11

Artikel: Marginalisierung des Staates? : Zwischen Crash und Strukturwandel
Autor: Hummler, Konrad
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-165622

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Konrad Hummler

Marginalisierung des Staates?

Zwischen Crash und Strukturwandel

Dass mit dem Niedergang des Kommunismus das Ende der Geschichte erreicht sei, war die provokative These zu Beginn der neunziger Jahre. Es gäbe nichts Grundsätzliches mehr zu erproben; mit Demokratie und Marktwirtschaft sei man beim Optimum angelangt. Nun aber beobachten wir, dass doch ein höheres Ausmass an Bewegung den vermeintlichen Endzustand kennzeichnet.

Die Demokratie und Rechtsordnung tragenden Systeme, die Nationen, sind unter Druck geraten. Zunächst sind es in erster Linie Budgetrestriktionen, welche die sozialpolitischen Einrichtungen in Frage stellen und Subventionstöpfe austrocknen. Damit einher geht aber auch eine Bedeutungsminderung des Politischen in der öffentlichen Meinung. Geht nach dem «Ende der Geschichte» die Geschichte in der Richtung weiter, dass sich die über lange Zeit massgebenden Strukturen auflösen?

Oberflächlich gesehen ist die Situation an sich denkbar widersprüchlich. Mit Konsternation beobachten wir das Entstehen neuer Nationalstaaten, namentlich im Osten, und mit grossem Unbehagen ihren unersättlichen Expansionsdrang. Diesem wiedererstandenen (oder nachzuholenden?) Nationalismus steht eine Bedeutungsminderung der staatlichen Instanz im industrialisierten Teil der Welt gegenüber, wie sie markanter nicht sein könnte:

a) Kaum eine Industrienation kann sich heute noch als Verteidigungsgemeinschaft – eine der ursprünglichsten und wichtigsten Motivationen für einen staatlichen Zusammenschluss – sehen. Moderne Sicherheitsprobleme sind komplex, überregional, ja oft nicht einmal eindeutig lokalisierbar (Terrorismus!). Entsprechend vernetzt überstaatlich müssen die sicherheitspolitischen Antworten sein.

b) Interessanterweise zieht sich der Staat aus der Verantwortung für die innere Sicherheit zusehends zurück. Wenn nicht gerade Leib und Leben medienwirksam gefährdet oder verletzt werden, muss der Bürger heute auf den Schutz durch den Staat weitgehend verzichten. Eigentumsdelikte bleiben ungeahndet. Nicht umsonst schiessen private Wach- und Schutz-Organisationen wie Pilze aus dem Boden. In den USA gibt es bereits Siedlungen, die durch Schutzzäune im Sinne mittelalterlicher Stadtmauern abgeschirmt sind.

c) Die Staaten haben auch ihre Stellung als Brennpunkt der Kommunikation verloren. Die modernen Technologien vom Fax über den Computerlink bis zum Satellitenfernsehen haben die territorialen Grenzen obsolet gemacht. Zwischen Zürich und New York läuft mehr kommunikativer Austausch als zwischen Appenzell und dem Oberwallis. Die nationalen Medienanstalten (und -monopole) sind Relikte der Vergangenheit; es ist lediglich eine Frage der Zeit und des politischen Beharrens in alten Schemen, wann sie von der Bildfläche verschwinden.

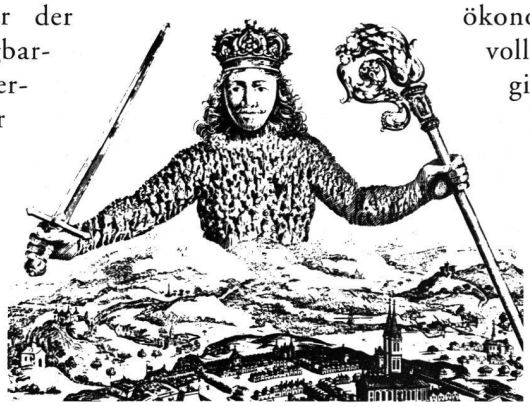
d) Die Staaten haben ihre Bedeutung als Wirtschaftsräume verloren. Kaum ein Schweizer Unternehmen bereits ab mittlerer Grösse, das nicht irgendwo im Ausland zusätzlich verankert wäre – zur Produktion, für die Vermarktung, zur Bewältigung spezieller Aufgaben. Auch in grösseren Ländern wie Deutschland, Frankreich, ja selbst den USA ist diese Globalisierung der Wirtschaft augenfällig.

e) Der Staat verliert auch als Rechtsraum an Bedeutung. Dies einerseits durch die unbestreitbare Bedeutungssteigerung supranationaler Normen, viel mehr vermutlich aber durch faktische Rechtssetzung (Usanzen, «Spielregeln», Gentlemen's Agreements usw.) nichtstaatlicher, überna-

tional tätiger Organisationen. Der Niedergang des Rechts anderseits, d. h. die Regulierung jeglicher Lebensvorgänge und die Degradierung von Recht zu Kochbuchanweisungen für das gesellschaftliche Zusammenleben, trägt aber letztlich wohl am meisten zur Bedeutungsminderung der Nationen als Rechtsräume bei.

f) Aber auch als psychosoziales Subjekt hat der Staat seine Würde und Letztinstanzlichkeit verloren. Nichts, was nicht in Frage gestellt oder eher noch in den Dreck gezogen würde. Die Schwierigkeit, für öffentliche Ämter einigermassen taugliche Mitbürgerinnen und -bürger zu finden, hat ihre Ursache keineswegs in der Bemessung der Entlöhnung oder der mangelnden zeitlichen Verfügbarkeit, sondern vielmehr im Niedergang des Sozialprestiges einer solchen Aufgabe. Wer wagt es denn heute noch, auf sein Amt als Parlamentsmitglied, als Richter, als Offizier, als Polizist stolz zu sein?

g) Was übrigbleibt, sind die Nationen als Adressaten aller möglichen Ansprüche. Bezüglich Subventionsbegehren, Forderungen nach sozialen Leistungen und nach Existenzsicherung – da besteht noch ein nationales Selbstverständnis. Wir haben kürzlich die hängigen Begehren schweizerischer Parlamentarier einer Auswertung unterzogen. Wenig überraschend, aber nicht minder bedrohlich erscheint das Resultat: Vorsichtig gerechnet müssen mindestens 80 Prozent aller Vorstösse der Kategorie «Begehrlichkeiten» zugeordnet werden. Interessant ist auch, wie sich in bezug auf die Anspruchsmentalität die Gräben zwischen den Sprachregionen unseres Landes schliessen. Wenn es etwas in Bern zu holen gibt, ist der «Röstigraben» schnell übersprungen!



Thomas Hobbes: Leviathan.

Der kalte Krieg und die Käseunion

Die Reduktion des Staates auf die Funktion als Anspruchsadressat ist allerdings zu wenig, um auf die Länge gerechtfertigt zu bleiben! Wenn man nach den Gründen für diese offenkundig fundamentalen Veränderungen sucht, dann stösst man in politischer Hinsicht bald einmal auf den Wegfall der bipolaren Machtsituation nach dem Ende des Sowjetimperiums am Ende der achtziger Jahre. Wieviele institutionelle Anordnungen hatten sich doch über Jahrzehnte lediglich noch durch die reale Bedrohung aus dem Osten gerechtfertigt! In der Schweiz beispielsweise entstanden im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs zahlreiche gemischtwirtschaftliche, d. h. halbstaatliche, genossenschaftlich organisierte oder auch ganz dem Staat zugeordnete Institutionen. Sie machten unter dem Titel der wirtschaftlichen Landesverteidigung als Problemlösung für ein eingekesseltes Land sehr viel Sinn. Unter dem Eindruck des kalten Krieges hielten sie sich aber viel länger, als dies unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll gewesen wäre. Kaum ein «strategisches» Import- oder Exportgut, bei dem nicht in irgendeiner Weise staatliche oder halbstaatliche Hände mit im Spiel sind. Die Geschichte der Schweizerischen Käseunion, des Weissweinimports oder des Uhrenkartells spricht Bände. Wir stehen heute mitten im Auflösungsprozess dieser alten Strukturen, weil ihre äussere Rechtfertigung definitiv weggefallen ist. Dass der Auflösungsprozess einiges an Ungereimtheiten bananenrepublikanischer Art zutage fördert, überrascht wenig, und noch weniger, dass es manchenorts schmerzt, von den über 50 Jahre alten Pfründen Abschied zu nehmen.

Das Ende der bipolaren Machtsituation hat zu einer politischen Funktionsveränderung und Bedeutungsverminderung geführt, die noch eine Weile anhalten wird. Was im Kleinen für die Käseunion zutrifft, findet analog auch im Grossen statt. Ein Teil der immensen Ausweitung der staatlichen und halbstaatlichen Tätigkeiten seit dem Zweiten Weltkrieg lässt sich damit erklären, dass die äussere Bedrohung jegliche Bestrebungen begünstigte, die auf höhere soziale und politische Kohärenz hinwirkten. So würde man heute vermutlich eine Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung (AHV), wie es sie in der Schweiz und in ähnlicher Form in anderen westlichen Ländern gibt, nicht mehr so leicht zustande bringen. Der Zwang zum Konsens ist nicht mehr in dem Masse vorhanden. Bezeichnend ist, dass nun genau diese

sozialstaatlichen Institutionen unter gewaltigen Rechtfertigungsdruck geraten.

Rahmenbedingungen im Wettbewerb

Der politische Strukturwandel geht einher mit markanten Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich. Gefördert durch die modernen technischen Möglichkeiten auf dem Gebiete der Computertechnik und der Kommunikation, hat sich eine Internationalisierung der Weltwirtschaft ergeben, die alle herkömmlichen Vorstellungen übertrifft. Die Verschiebung von Entwicklungs-, Produktions- und Vermarktungskapazitäten rund um den Globus bedeutet heute nicht mehr eine krisenhafte unternehmerische Ausnahmesituation, sondern gehört zum selbstverständlichen Instrumentarium des Unternehmenserfolgs.

Die Ablösung von der territorialen Gebundenheit hat Folgen. Im wesentlichen ist man ganz einfach bedeutend weniger auf staatliche Instanzen angewiesen. Es gibt neuerdings einen Trade-Off zwischen Lobbyieren und Auswandern: Wenn die Rahmenbedingungen am einen Ort nicht mehr stimmen, dann verlagert man sich halt an einen andern Ort. Daraus resultiert, ob man das will oder nicht, ein Wettbewerb um Rahmenbedingungen, und dieser wiederum schränkt den freien Spielraum politischer Instanzen ein.

Kollektivismus und fiskalische Kontraktion

Deshalb ist es an der Zeit, dass man sich ernsthafte Gedanken darüber macht, welche Auswirkungen die Bedeutungsminderung staatlicher Institutionen in wirtschaftlicher Hinsicht haben könnten. Eines scheint zum vorneherein gewiss zu sein: Die Bedeutungsminderung staatlicher Institutionen wird vor der Bonitätsfrage staatlicher Schulden nicht Halt machen. Je weniger sich der Staat durch objektive Leistungen rechtfertigen kann, um so schwieriger wird es für ihn auch sein, dem Bürger Steuern zu entringen. Es ist kaum damit zu rechnen, dass sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte so rasch verbessern wird, selbst wenn von heute an rigoros gespart würde. Da unter dem Druck der Strukturveränderungen das Wirtschaftswachstum für geraume Zeit zu wünschen übriglassen wird, kann nicht mit einer Sanierung der staatlichen Haushalte gerechnet werden: Fiskalische Kontraktion ist angesagt, und keine Regierung wird sich diesem Prozess entziehen können.

Kampflos gibt die kollektivistische Nomenklatura mit ihren vielen Denkverboten kaum Terrain preis.

Eine ganze Epoche der stetig steigenden Staatsquoten scheint also zu Ende zu gehen. Das sind grundsätzlich gute Nachrichten für diejenigen, die seit je dem unbändigen fiskalischen Hunger skeptisch gegenüberstanden. Allerdings stellt sich natürlich die Frage, wie stabil ein System sein wird, bei dem die Staaten eine bedeutend geringere Rolle spielen werden. Wie wird sich ein neues Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und staatlicher Institution gestalten? Schwerwiegende Fragen, wenig Antworten.

So kampflos gibt die bürokratische Maschinerie kaum Terrain preis. Sehr bezeichnend ist, wie nach der Publikation des Weissbuches über Deregulierungs- und Privatisierungsmassnahmen durch eine Anzahl schweizerische Unternehmer ein mediales Trommelfeuer gegen die bösen «Sozialdemonteure» eröffnet wurde. Es ist völlig offen, ob man im dem kollektivistisch-wohlfahrtsstaatlichen Denken verhafteten Europa in der Lage sein wird, sich der neuen Situation anzupassen.

Dazu kommt, dass durchaus auch politisch-soziale Crash-Szenarien denkbar sind. Ein paar Jahre Nullwachstum, Infragestellung der sozialen Werke, Lohnkürzungen – eine solche (wahrscheinliche!) Entwicklung könnte auch bei uns neue, unangenehme Perspektiven eröffnen. Wenn es nicht gelingt, sämtliche Schichten frühzeitig an den Früchten dieses Strukturwandels teilnehmen zu lassen, dann sind soziale Spannungen vorprogrammiert.

Schliesslich kann auch nicht verhehlt werden, dass der Niedergang staatlicher Bedeutung praktisch rund um den Globus ein Vakuum schafft, bei dem fraglich ist, ob es Bestand haben könne im Machtbereich. Vorderhand sind es noch die USA, die schlecht und recht und immer weniger bereitwillig die militärische Initiative in ihrer Hand halten. Auch über die globale wie regionale Machtfrage wird noch viel Denkarbeit zu leisten sein. ✦